keiner. Der Arbeiter ließ das Fläschchen schon vor Weihnachten mitgehen, keiner merkte es. Reichlich hilflos wirkt deshalb die emsige Suche der WAK-Betreiber, die nun herausfinden wollen, was schon alles unerlaubt das Gelände verlassen haben könnte. „Da hat doch niemand eine Übersicht“, klagt ein Ermittlungsbeamter.

Unklar ist deshalb auch, ob der inzwischen verhaftete Schmuggler selbst noch mehr gefährlichen Abfall aus dem Atom-Lotterladen weggeschafft hat. Über 300 Fremdfirmen werkelten bisher auf dem Gelände der stillgelegten WAK. Die Auswahl der Beschäftigten auf der Baustelle ist offenbar lasch. Die Behörden begnügen sich mit einer Abfrage beim Bundeszentralregister, dem Verfassungsschutz und der Fahndungsdatei der Polizei. Die charakterliche Eignung für die Arbeit im Hochsicherheitstrakt wird nicht überprüft.

Auch nicht die von M. Nachdem seine Ehe gescheitert war und er das vom Schwiegervater übernommene Familienunternehmen verkaufen musste, kam er in der Abbruchfirma seines Bruders unter. Dort brachte er es sogar zum Sicherheitsbeauftragten.

Als man bei der WAK wegen der überhöhten Strahlenwerte misstrauisch wurde, wollte M. die Beute so einfach wieder loswerden, wie er sie beschafft hatte. Der Freundin befahl er, das Röhrchen aus dem Kanonenofen in seiner Wohnung zu holen und fortzuschaffen. Auch „alles Zeug“ von der WAK, Overall, Handtücher, Gummihandschuhe. Lieselotte Eberle stopfte alles in eine Reisetasche und später in den Rotkreuzcontainer. Das Plutonium-Röhrchen warf sie „mit Schwung in eine Brombeerhecke“. Wenn der Regen das auswasche, passiere nichts, habe M. erklärt.

BILD ZEITUNG

**Mutmaßlicher Plutonium-Dieb M.** *Strahlende Beute*

Die Frau, die nun selbst stark verstrahlt ist, weint viel. „Ich habe doch nicht gewusst, was ich getan habe.“ Gewusst hat auch M. offenbar nicht viel. Er habe, sagt Eberles Anwalt, das Ausmaß seiner Tat wohl nicht überblickt. Er habe immer nur gestammelt, „ich wollte das nicht, ich wollte das nicht“, sagt die Freundin.

Möglich, dass der Schlosser den strahlenden Abfall zu Geld machen wollte. Erpressung gilt als denkbare Variante unter den Ermittlern; M.s Aussage, als eine Art Robin Hood der Atomindustrie Sicherheitsmängel aufdecken zu wollen, dagegen eher als Schutzbehauptung.

So oder so: Im Stuttgarter Umweltministerium ist der GAU bereits eingetreten – und nun auch bei den Kollegen in München. Dort hat Rentner Ott indes ein Ziel erreicht. Er wollte Aufmerksamkeit für seinen Fall. Die hat er jetzt.

Felix Kurz, Cordula Meyer, Conny Neumann

F. BLICKLE / BILDERBERG

**Finanzplatz Liechtenstein:** *Absenderangabe „Medellín, Kolumbien“ wegkopiert*

GELDWÄSCHE

# Aktien für den Bonbon-Fonds

Der deutsche Druck zeigt Wirkung: Erstmals klagen Staatsanwälte in Liechtenstein Mitarbeiter der Treuhandbranche an. Sie sollen Drogengeld fürs Cali-Kartell angelegt haben.

Die Stellenausschreibung in der Juli-Ausgabe 2000 des deutschen Fachblatts „Kriminalistik“ füllte eine ganze Seite – der Inserent hatte dringenden Bedarf. Ein „Ermittlungsleiter“ für eine „Spezialeinheit zur Bekämpfung von Wirtschafts- und organisierter Kriminalität“ wurde gesucht, außerdem boten sich Berufschancen für „drei Finanzermittler“, einen „Datensicherungsspezialisten“ und einen „Kriminalanalytiker“. Bewerbungen waren zu richten an das Amt für Personal und Organisation, 9490 Vaduz.

Ein Jahr später zahlt sich die großzügige Investition der gemeinhin als ziemlich knickrig bekannten Regierung des Fürstentums Liechtenstein aus. Erstmals in der Geschichte des Landes ist Anklage wegen des Verdachts der Geldwäsche erhoben worden. Eine Premiere, auf die Regierungen in aller Welt lange warten mussten. Denn dass schmutziges Geld aus allen Kontinenten bisher ausgerechnet um diejenige Steueroase einen großen Bogen gemacht haben sollte, in der es mehr Bankschließfächer und anonyme Stiftungen als Einwohner gibt, glaubte den Liechtensteinern niemand.

Die Ersten, die es nun treffen soll, sind zwei Größen aus der Treuhänderbranche: Eugen von Hoffen, 49, und Rudolf Ritter, 47, die gemeinsam im Büro eines liechtensteinischen Landtagsabgeordneten und Treuhänders ihren Geschäften nachgingen.

Hoffen ist unter seinem alten Namen Heeb für Leser deutscher Anlegerschutzmagazine ein alter Bekannter. „Betrüger Dr. Eugen Heeb aus dem Ganovenparadies Liechtenstein auf neuem Abzocktrip“, warnte schon 1990 der Gerlach-Report, um ein Jahr später nachzulegen: „Serienheld Dr. Eugen Heeb weiterhin aktiv.“ Sogar für Liechtensteiner Verhältnisse waren Hoffens Anlagemethoden zu unorthodox: Vor wenigen Wochen kassierte er vom Fürstlichen Landgericht fünf Jahre wegen Betrugs – er hat Berufung eingelegt.

Ritter ist ein Bruder des ehemaligen Vize-Regierungschefs Michael Ritter. Bis zu seiner vorübergehenden Verhaftung im ver-

**Verhafteter Cali-Drogenboss***
*Geldkoffer nach Vaduz*

SIPA PRESS

* Miguel Rodríguez Orejuela 1995 nach seiner Festnahme in Bogotá.

gangenen Jahr war Rudolf Ritter stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG (SPAG). Im Beirat des börsennotierten Unternehmens mit Sitz bei Frankfurt am Main saß bis kurz vor seinem Amtsantritt als russischer Präsident auch Wladimir Putin.

Zur Klientel von Ritter und Hoffen gehörte nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft auch das kolumbianische Cali-Kartell, eines der mächtigsten Drogensyndikate der Welt. Für einen der Cali-Beauftragten, Juan Carlos S., sollen die beiden Angeklagten „aus dem Erlös von Suchtgiftgeschäften“ Millionen gewaschen und angelegt haben.

Den Ermittlungen zufolge gründete das Treuhandbüro, in dem das Duo arbeitete, insgesamt 24 Stiftungen. Die erhielten so schöne Namen wie Brenner- oder Con-Moto-Stiftung, hinter denen stets S. gestanden habe. Um den Kolumbianer aus den Akten herauszuhalten, sollen Hoffen und Ritter sogar „Instruktionsgeber“ wie einen „Waldemar von Sauer“ erfunden haben, von denen sie ihre Aufträge zur Anlage der Gelder erhalten hätten, so die Staatsanwaltschaft.

Bei einer Durchsuchung fand die Polizei neben einer Passkopie des nicht-existenten von Sauer auch den Reisepass eines „Kurt Müller“. Auch den, so die Ermittlungen, gibt es nicht. Der Pass war einst als Blankodokument gestohlen worden.

Mehrfach, so die Anklage, sei ein Mitarbeiter von Ritter und Hoffen nach Mailand und Madrid gefahren und habe dort insgesamt 1,64 Millionen Schweizer Franken von dem Cali-Mann übergeben bekommen. Im Koffer sei das Bare dann nach Liechtenstein geschafft und auf die verschiedenen Stiftungen verteilt worden. Zudem seien zwischen 1997 und Anfang 2000 etliche Millionen Franken des Cali-Kartells auf Vaduzer Konten überwiesen worden. Allein 4,2 Millionen Franken seien es bei der Agnat-Stiftung gewesen.

Hoffen und Ritter argumentieren, sie hätten nichts Unrechtes getan. Ritters Anwalt Hermann Böckle: „Mein Mandant wusste nichts über die angeblich schmutzige Herkunft des Geldes.“ Zudem habe er S. bei zwei Treffen in Madrid und London als „sehr seriösen Geschäftsmann kennen gelernt“.

Dass Hoffen und Ritter gern südamerikanischer Klientel zu Diensten sein sollen, hatte vor zwei Jahren schon der Bundesnachrichtendienst (BND) behauptet (SPIEGEL 45/1999). Nach Erkenntnissen des Dienstes sollen sie sogar dem Ochoa-Drogenkartell eine 25-Prozent-Beteiligung an einer rumänischen Bank beschafft haben. Beide bestreiten die Vorwürfe.

Um die Herkunft der Gelder zu verschleiern, sollen in der Geschäftsbeziehung mit dem Kartell besondere Vorsichtsmaßnahmen gegolten haben. Die Ermittler stießen etwa auf einen Kontoauszug einer Firma, auf der die Absenderangabe „Medellín, Kolumbien“ wegkopiert worden sei.

Insbesondere den Vorwurf, in ihrem Land würden Gelder von Drogenhändlern und Mafiabanden gewaschen, hatte die Liechtensteiner Regierung vor anderthalb Jahren empört zurückgewiesen und sich über Monate einen Kleinkrieg mit dem BND und dem Kanzleramt geliefert.

Doch während die Liechtensteiner heftig protestierten, sprachen immer mehr Ereignisse für die deutsche Version. So wurde im vergangenen Jahr ruchbar, dass auch der ecuadorianische Drogenbaron Jorge Hugo Reves Torres angeblich 17 Millionen Dollar im Fürstentum gebunkert hatte (SPIEGEL 21/2000).

Nur Monate später ging die Liechtensteiner Justiz, nach den massiven Vorwürfen aus Deutschland aus dem Dornröschenschlaf erwacht, dem Verdacht nach, auf einer der Fürstenfamilie gehörenden Bank lagerten mehr als hundert Millionen US-Dollar. Diese habe ein Anwalt aus der Heroin-Metropole Medellín überwiesen.

Auch die Firma, die Putin und Ritter einst zusammengebracht hatte, taucht in der Anklage gegen Hoffen und Ritter auf. Am 23. April 1999 sollen die beiden insgesamt 30 000 Aktien der SPAG außerbörslich zu je 15 Euro gekauft und in die Depots der Kunden mit so fantasievollen Namen wie Bonbon-Stiftung oder Envelope-Foundation gepackt haben. Weil der Börsenkurs des Unternehmens am selben Tag aber nur bei knapp zehn Euro stand, wirft die Justiz Heeb und Ritter vor, die Stiftungen in Höhe von rund 300 000 Mark geschädigt zu haben. Anwalt Böckle argumentiert, wenn sein Mandant 30 000 SPAG-Aktien nicht außerbörslich, sondern an einem einzigen Tag an der Börse erworben hätte, wäre der Kurs noch höher geschnellt.

Das ist alles ziemlicher Kleinkram im Vergleich zu dem, was auf das Fürstentum zukommen wird, wenn die Wirtschaftsermittler weiter im sumpfigen Untergrund des Finanzgewerbes wühlen dürfen.

Noch traut man im Berliner Finanzministerium und im Kanzleramt der neuen Ehrlichkeit und Ehrsamkeit nicht so recht. Dass die OECD das Fürstentum im Juni nach nur einem Jahr wieder von der Schwarzen Liste der Geldwäschestaaten herunternahm, kam den Deutschen viel zu früh.

Doch Gelegenheiten, sich geläutert zu zeigen, gibt es in Liechtenstein noch genug.

So sollen von 1993 bis 1998 aus St. Petersburg jährlich enorme Goldmengen in eine Schmelze im schweizerischen Lugano geschafft worden sein.

Die ersten Hinweise auf das angebliche Geschäft fanden sich in einer liechtensteinischen Anwaltskanzlei.

Wolfgang Krach, Georg Mascolo